

Peter Zellmann / Sonja Mayrhofer
IFT Institut für Freizeit- und Tourismusforschung

Knapp vor der Wahl:

Das Vertrauen in die Politik ist gering wie nie zuvor Der Vergleich mit Deutschland als geringer Trost

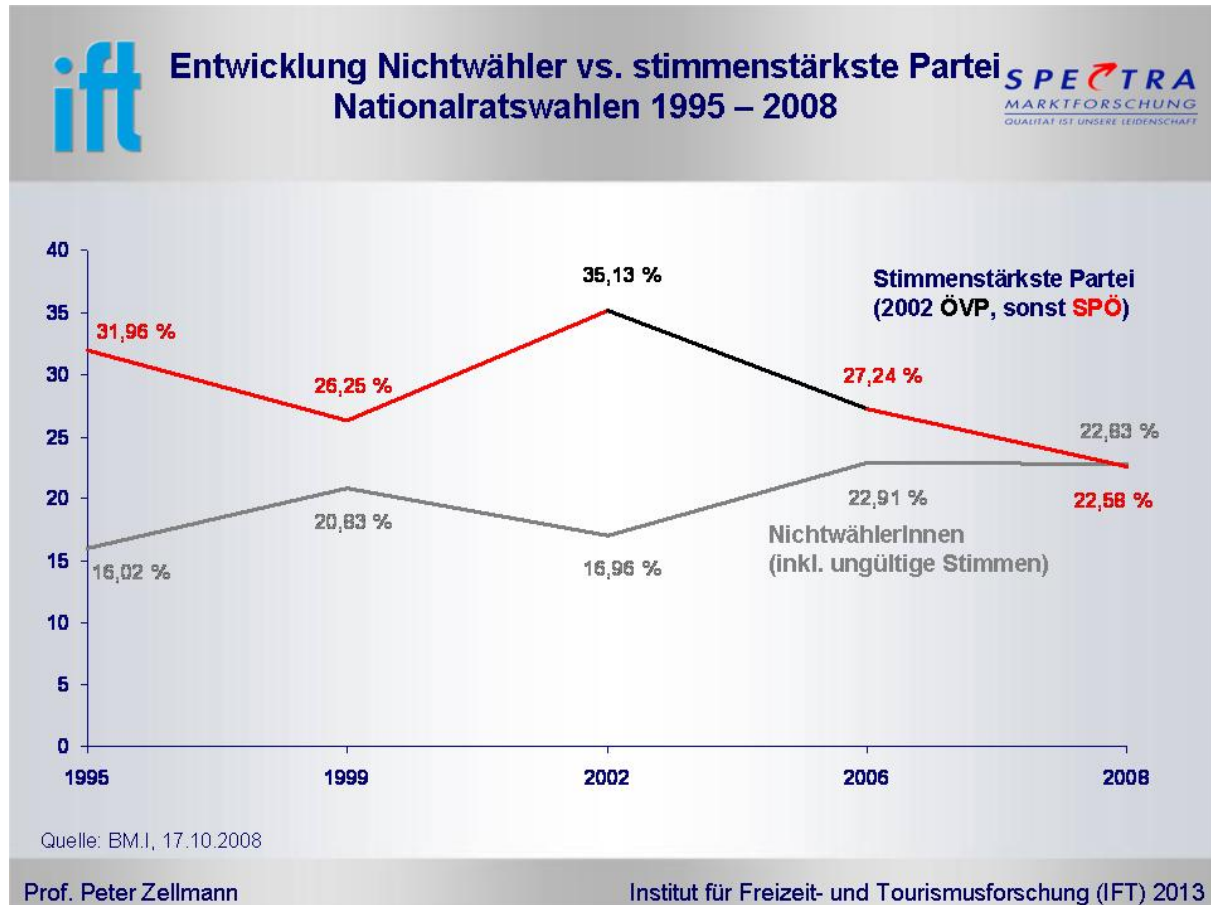
- **Die NichtwählerInnen stellten bei der Nationalratswahl 2008 erstmals die größte Gruppe: Hat die Politik daraus Konsequenzen gezogen?**
- **Das Image von Parteien und PolitikerInnen ist in Österreich angekratzt, in Deutschland fällt das Urteil der Bevölkerung noch negativer aus.**
- **Fast zwei Drittel der ÖsterreicherInnen sind überzeugt, dass die Parteien mehr am Machterhalt als am Wohl der BürgerInnen interessiert sind.**
- **Die meisten PolitikerInnen erscheinen einer deutlichen Mehrheit nicht mehr als ehrlich und vertrauenswürdig.**
- **PolitikerInnen sind in den Augen von 60 % der ÖsterreicherInnen auch keine moralischen Vorbilder mehr.**
- **Mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen fordern mehr Volksabstimmungen.**

***Institutsleiter Prof. Peter Zellmann:** "Durch das Nichtbeachten der grundlegend und nachhaltig veränderten Lebensstile, arbeitet ein Großteil der Politik an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen in Österreich vorbei. Das gilt auch für die Interessensvertretungen. Wenn wir die Demokratie weiter entwickeln wollen, dann muss dieser Bedürfniserfassung endlich entsprechend Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das ist allerdings eine Aufgabe der Grundlagenforschung, nicht der Marktforschung!"*

Die Nationalratswahl steht vor der Tür - da stellt sich die Frage, wie es mit der Einstellung der ÖsterreicherInnen zu den PolitikerInnen und Parteien steht. Wir haben in Zusammenarbeit mit Horst Opaschowski (Hamburg) und Spectra (Linz) ein Fragemodell entwickelt und 1.067 Personen ab 15 Jahren, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung, aktuell zu ihrem Vertrauen in die Politik befragt.

1. Nationalratswahl 2008: Die NichtwählerInnen als stimmenstärkste Partei

Bei der **Nationalratswahl 2008** waren die **NichtwählerInnen** erstmals die stimmenstärkste Partei.



Bereits vor drei Jahren haben wir daher in unserem **Forschungstelegramm zum Nichtwählerverhalten** folgendes festgehalten (siehe Forschungstelegramm 11/2010, Studie zum Nichtwählerverhalten: Ein provokanter Lösungsvorschlag):

“Die niedrige Wahlbeteiligung ist Ausdruck des fehlenden Vertrauens der Menschen in die Politik im Gesamten und in die PolitikerInnen im Speziellen. Wenn die Menschen finden, dass PolitikerInnen nicht mehr ehrlich sind, dann ist das keine alarmierende Vorwarnung mehr, sondern ein Zeichen dafür, dass sich das Ansehen der Politik in einer ernstzunehmenden Krise befindet. Es besteht längst Handlungsbedarf. Das zeigt auch der Umstand, dass die NichtwählerInnen erstmals 2008 sogar im Nationalrat die stimmenstärkste „Partei“ stellen würden.”

Und weiter: *“Die in diesem Forschungstelegramm behandelten Umfrageergebnisse zum Stellenwert der Politik und die niedrige Wahlbeteiligung zeigen, dass die Politik an der Zeitenwende in manchen Bereichen und einem nicht unwesentlichen Ausmaß am Leben der Menschen, an ihren eigentlichen Bedürfnissen vorbeigiert.”*

Da auch NichtwählerInnen durch ihr Fernbleiben von der Wahl zumindest teilweise ihren demokratischen Willen ausdrücken, schlugen wir vor, **diese Plätze der Nicht-**

wählerInnen in den Abgeordnetenreihen leer zu lassen bzw. anders zu vergeben.

Denn: "Vielleicht veranlasst das manche/n potentielle/n NichtwählerIn doch zur konstruktiven Entscheidung aktiv an der Wahl teilzunehmen. Es kann allerdings auch das Gegenteil passieren, wovon wir als empirische Sozialforscher übrigens ausgehen: Immer mehr Wahlberechtigte gehen so lange nicht wählen bis die Parteien und Politik wieder stärker die Bedürfnisse der Menschen vertreten. Dies ist ein Befund dafür, dass sich die Politik ändern muss und nicht die Menschen."

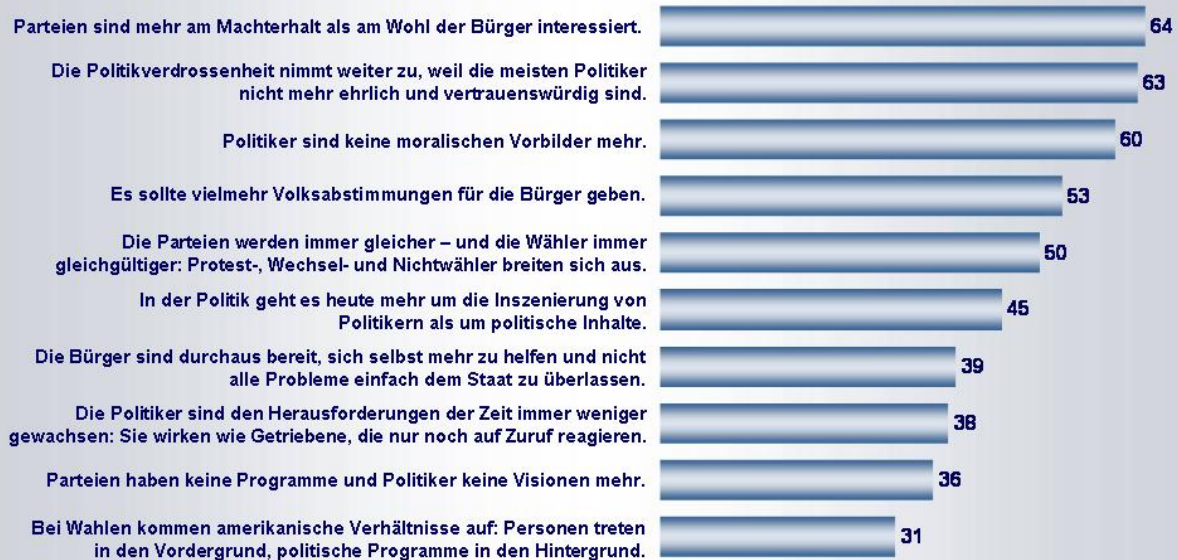
Und was hat sich seit damals geändert?

2. Die Politikverdrossenheit in Österreich: Kein Vertrauen in Parteien und PolitikerInnen

Vor der Nationalratswahl am 29. September steht eines fest: Politik, PolitikerInnen und Parteien genießen in Österreich kein besonders gutes Image.

- **64 %** der ÖsterreicherInnen denken, dass die Parteien **mehr am Machterhalt als am Wohl der BürgerInnen** interessiert sind.
- **63 %** führen als Grund für die wachsende Politikverdrossenheit an, dass die meisten **PolitikerInnen nicht mehr ehrlich und vertrauenswürdig** sind.
- **60 %** finden, dass die PolitikerInnen **keine moralischen Vorbilder** mehr sind.
- **53 %** der ÖsterreicherInnen meinen, dass es **vielmehr Volksabstimmungen** für die BürgerInnen geben sollte.
- **50 %** sind der Meinung, dass die **Parteien immer gleicher** und die **WählerInnen immer gleichgültiger** werden und sich daher Protest-, Wechsel- und NichtwählerInnen ausbreiten.

Von je 100 Befragten stimmen der Aussage zu:



Repräsentativbefragung von 1.067 Personen ab 15 Jahren in Österreich 2013; Angaben in Prozent

Prof. Peter Zellmann

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2013

Die Politikverdrossenheit im Pressespiegel

Auch eine Befragung der Europäischen Kommission zeigt das aktuell niedrige Vertrauen der ÖsterreicherInnen in die Politik (Die Presse, 25.7.2013):

- Nur jeweils rund **ein Viertel** der ÖsterreicherInnen setzen **Vertrauen in die Regierung** und in das **Parlament**.
- Der Vergleich der letzten 10 Jahre macht deutlich, dass die ÖsterreicherInnen **noch nie so wenig Vertrauen in die Politik** hatten wie heute.

Interessant ist auch das Ergebnis einer Umfrage für den Standard (29.5.2011):

- Rund die **Hälfte** der ÖsterreicherInnen ist der Meinung, dass es in der **Politik bzw. in der Regierung nicht gerecht** zugeht.

Es überrascht daher nicht, dass laut einer aktuellen Market-Umfrage im Auftrag des Standards zur Regierungsarbeit in Österreich

- nur ein **Viertel** der ÖsterreicherInnen **mit der Arbeit der Regierung zufrieden** ist,
- und dass die ÖsterreicherInnen auch die **Arbeit der einzelnen Parteien durchwegs negativ** beurteilen.

3. In Deutschland ist die Skepsis der Politik gegenüber noch größer

Auch in Deutschland wird im September gewählt. In Deutschland liegt der **NichtwählerInnen-Anteil** knapp noch höher als in Österreich, nämlich bei **29,2 %** (2009). Als **Hauptgründe für das Nichtwählen** gelten in Deutschland (Stiftung für Zukunftsfragen, Forschung aktuell, 12.9.2013):

- **63 %** der Deutschen denken, dass viele nicht wählen gehen, weil sie **Angst haben durch Wahlversprechen belogen** zu werden.
- **59 %** sind der Meinung, dass die **grundsätzliche Unzufriedenheit mit PolitikerInnen und Parteien** daran Schuld ist.
- **59 %** meinen, dass viele Deutsche glauben, dass **Wahlen nichts ändern**.

Das deutet darauf, dass die Politikverdrossenheit in Deutschland noch größer als in Österreich ist. Zukunftsforscher **Prof. Horst Opaschowski**, Hamburger und wissenschaftlicher Partner in unserem Institut, hat die wichtigsten Ursachen für den Vertrauensverlust in Deutschland, die mit dem gleichen Fragemodell erfasst und daher vergleichbar wohl auch für Österreich Gültigkeit haben, zusammengefasst:

- **Versprechen statt Verlässlichkeit:**
“Die Bevölkerung hat den Eindruck, dass die Politiker nach dem Grundsatz agieren: Wer mit der Wahrheit operiert - verliert. Aus der Sicht der Wähler bleiben bei Politikern Grundtugenden des Lebens wie Anstand, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit weitgehend auf der Strecke”.
- **Machterhalt statt Gemeinwohlorientierung:**
“Wenn die Parteien das Allgemeinwohl aus dem Auge verlieren, verlieren sie auch den Rückhalt in der Bevölkerung. Die Bürger glauben dann den Wohlstandsversprechen der Politiker nicht mehr”.
- **Inszenierung statt Inhalte:**
“Bei den Bürgern schwindet nicht das Interesse an der Politik, sondern nur das Interesse an dieser Art Politikpräsentation, die den Wähler zum Talkshow-Konsumenten degradiert. Die Bühne der Politik ist immer weniger das Parlament und immer mehr die politische Inszenierung in den Medien. Die Wählerdemokratie droht zur Zuschauerdemokratie zu verkommen”.
- **Beliebigkeit statt Beständigkeit:**
“Die Parteien verlieren ihre Markenkerne. Themen wie Kernkraft und Mindestlohn, Homo-Ehe und Mieten-Bremse lassen sich keiner Partei mehr zuordnen”.
- **Überforderung statt Herausforderung:**
“Im Zeitalter weltweiter Beschleunigung können es die Politiker nicht mehr allein richten. Die Parteiendemokratie kommt ohne die Bürgerdemokratie nicht mehr aus”, ergänzt Opaschowski.

Darüber hinaus weist der Jahresvergleich in Deutschland nach, dass die Unzufriedenheit der BürgerInnen stetig zunimmt.

Von je 100 Befragten stimmen der Aussage zu:



Quelle: Opaschowski 2013, Repräsentativbefragung des IPSOS-Instituts bei jeweils 1.000 Personen ab 14 Jahren in Deutschland 2012 und 2013; Angaben in Prozent

Prof. Peter Zellmann

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2013

Die Ursachen für die Politikverdrossenheit sind in Deutschland und Österreich die gleichen

Der **Vergleich** zwischen den österreichischen und deutschen Ergebnissen zeigt in der **Reihenfolge der Aussagen keine wesentlichen Unterschiede**. Was sich allerdings unterscheidet, ist **die deutlich größere Unzufriedenheit in Deutschland in allen Punkten**.

Daraus lässt sich folgern: In Deutschland und Österreich sind es **die gleichen Themen, die die Bevölkerung an PolitikerInnen und Parteien zweifeln lassen**, aber in Deutschland stellt sich die Politikverdrossenheit noch weit schlimmer dar als in Österreich.

4. Das Resümee muss daher lauten:

Seit der letzten Nationalratswahl hat sich nichts zum Besseren gewendet

Die dargestellten Umfrageergebnisse zum Vertrauen und zur Einstellung der ÖsterreicherInnen zur Politik zeigen eines ganz klar - die Politikverdrossenheit in Österreich ist groß. PolitikerInnen gelten nicht als ehrlich und vertrauenswürdig, sind demnach auch keine moralischen Vorbilder mehr und es wird ihnen unterstellt, mehr am Machterhalt als am Wohl der BürgerInnen interessiert zu sein. Diese Stimmung in der Bevölkerung ist auf dem Weg vom verallgemeinernden Vorurteil zur echten Mehrheitsmeinung zu werden. Das zeigen besonders die Daten aus Deutschland. Um das Image von PolitikerInnen und Parteien ist es demnach schlecht bestellt. Damit ist aber auch die Demokratie als bewährtes Modell des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg in Gefahr. Bei der Nationalratswahl 2008 stellten die NichtwählerInnen erstmals die größte Gruppe - es ist nicht davon auszugehen, dass sich daran bei der kommenden Wahl Wesentliches ändern wird.

Es bleibt daher zu fragen: Wann werden PolitikerInnen und Parteien daraus endlich Konsequenzen ziehen?

TECHNISCHE DATEN

Aufgabenstellung

Die dieser Studie zugrunde liegenden Daten beruhen auf Erhebungen von SPECTRA Marktforschung – Linz. Ziel der vorliegenden Studie war es, Einstellungen zum Vertrauen in die Politik zu eruieren.

Stichprobe/Methodik

Die Erhebung richtete sich insgesamt an **n=1.067 Personen**, repräsentativ für die österreichische Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren. Die Stichprobenauswahl erfolgte durch das Quotaverfahren. Die Befragungen wurden face-to-face von 124 geschulten und kontrollierten Spectra-Interviewern im Rahmen des Spectra-Bus durchgeführt.

Ergibt eine Addition der Prozentwerte mehr als 100, so bedeutet dies, dass zu den einzelnen Erhebungspunkten mehr als eine Angabe möglich war.

Sind keine Mehrfachangaben möglich, kann sich eine Abweichung von +/- 1% auf 100% durch Rundungsmaßnahmen ergeben.

Timing

Die Feldarbeit fand vom 2.8. bis 28.8.2013 statt.

Grundgesamtheit der Erhebung

Österreich: 7,11 Mio. Personen ab 15 Jahren